

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 56 (1962)

Heft: 12

Artikel: Weltrundschau : Amerika diktiert ; "Nicht zu imperialistischen Zwecken"? ; Gangstermethoden ; Innere Lage der USA ; Der Westblock gegen China ; Schonfrist für de Gaulle ; Westdeutsches Elend

Autor: Kramer, Hugo

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140720>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Amerika diktirt

Die Kubakrise ist fürs erste so ziemlich überwunden, aber das revolutionäre Kuba bangt immer noch um sein Weiterleben. Die Sowjetunion hat zwar alles, was vernünftigerweise von ihr verlangt werden konnte, getreulich erfüllt, um ja die Vereinigten Staaten darüber zu beruhigen, daß sich auf Kuba keine «Angriffswaffen» — Ferngeschosse, Bomber usw. — mehr befinden. Aber die Washingtoner Regierung, die ihren Sieg über Kuba und die Sowjetunion bis zum letzten auskosten und ausschlachten will, besteht unerbittlich darauf, daß eine «internationale» — das heißt natürlich vor allem amerikanische — Kommission an Ort und Stelle genauestens nachforsche, ob da nicht doch noch — zum Beispiel in einigen der vielen kubanischen Höhlen — sowjetische oder andere Waffen versteckt seien, und das erklärt Castro, trotz allem Zureden der Russen, als mit der Würde Kubas unverträglich. Und in Washington nimmt man das wiederum zum Anlaß — um nicht zu sagen: Vorwand —, um die amerikanische Luftspionage auf unbestimmte Zeit fortzusetzen, die politischen und wirtschaftlichen Sperrmaßnahmen gegen Kuba aufrechtzuerhalten und den von Kennedy versprochenen Verzicht auf einen neuen militärischen Angriff gegen Kuba solange zu verweigern, bis jede Gefahr eines Übergreifens der kubanischen Revolution auf irgendein nord-, mittel- oder südamerikanisches Land beseitigt sei.

Nach einer Meldung der UPI-Agentur aus Washington vom 26. November hofft man dort, «daß mit der Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten Castros dessen Einfluß in Kuba und im lateinamerikanischen Raum schwindet und daß möglicherweise sein Sturz auf diesem Wege herbeigeführt wird». Sollte es dennoch nicht zu dem erwarteten Aufstand im Innern Kubas kommen, oder würde er keinen Erfolg haben, so bliebe ja noch immer der Stoß von außen her übrig. Der Berater des Präsidenten Kennedy in lateinamerikanischen Fragen, E. M. Martin, sagte letzthin offen, wenn Castro weiterhin Schwierigkeiten mache, so könnten die Vereinigten Staaten «keine Garantie dafür geben, daß Kuba im Krisenfall nicht militärisch besetzt werde». Und der Vizepräsident der USA, Johnson, erklärte «feierlich», die USA könnten «niemals eine Verpflichtung übernehmen, die den kommunistischen Imperialismus vor kollektiven Unternehmungen der freien Welt schützen würde, sei es auf der westlichen Halbkugel oder anderswo». «Man wird sich an diese Formulierung erinnern müssen», setzt der Washingtoner Korrespondent der «Neuen Zürcher Zeitung» (Nr. 4527) vielsagend hinzu. Man kann sich somit auf alles gefaßt machen.

Es sollte unter diesen Umständen überall als erste Notwendigkeit

empfunden werden, daß die Friedenskräfte, die doch in allen Völkern lebendig sind, mit völliger Entschlossenheit zusammenwirken, um endlich das Faustrecht durch das Völkerrecht zu ersetzen und eine weltweite Friedensordnung aufzurichten, der sich jeder, auch der stärkste Staat, zu fügen hat. Wir sind in der Kubakrise noch einmal knapp am Abgrund eines Krieges vorbeigekommen, auf den völlig verantwortungslose Kräfte geradewegs hinsteuerten. Wird aber bei der nächsten Krise — und sie wird unfehlbar heraufziehen — ein gleich gütiges Geschick über uns walten?

Das ist alles andere als sicher. Man wird ja nun bald wieder von Abrüstung, Verhandlungen und Frieden auf Erden hören — die Weihnacht steht vor der Tür —; aber wie sollen wir glauben, daß es den Mächtigen dieser Erde *diesmal* Ernst ist? Hören wir aus ihrem Munde neben ihren Friedensphrasen nicht auch ganz andere Botschaften, besonders die alten Lügen von den Militärrüstungen, die den Krieg aus der Welt schaffen sollen? Der amerikanische Wehrmachtminister McNamara hat in der Tat als die Hauptlehre, die aus der Kubakrise zu ziehen sei, die Bestätigung der längst gewonnenen Erkenntnis bezeichnet, daß nur höchste militärische Stärke und die Entschlossenheit, auch den Krieg zu wagen, den Frieden sichern könne. Und sein Stellvertreter Gilpatrick beteuerte: «Wir werden uns niemals irgendein Stück unseres Rechtes zur Selbstverteidigung abmarkten lassen», was von selbst die Unterordnung unter ein internationales Abrüstungsabkommen ausschließt, das ja gerade die Opferung des «Rechtes zur Selbstverteidigung» verlangt. Und damit man ihn gut verstehe, fügte Gilpatrick hinzu: «Wir betrachten Lufterkundung als ein Stück unserer unabdingbaren Selbstverteidigung», was man freilich schon seit den U-2-Flügen über der Sowjetunion wußte. Daß die Vereinten Nationen in der Kubasache von Washington einfach beiseitegeschoben wurden, war ebenfalls selbstverständlich, seit die UNO nicht mehr — wie noch im Koreakrieg — ein zuverlässiges Werkzeug der amerikanischen Außenpolitik ist. Und vollends ein Verzicht auf die 40 oder mehr Militärstützpunkte, die die USA rings um die Sowjetunion angelegt haben, kommt überhaupt nicht in Frage, es sei denn, daß ihr technischer Wert im Kriegsfall bezweifelt werden müßte.

Hinter dem amerikanischen Anspruch auf Selbstverteidigung unter allen Umständen steht eine doppelte Erwägung. Erstens die Überzeugung, daß die Vereinigten Staaten auch in einem Atomkrieg mit erträglichen Verlusten davonkommen würden, ist doch in Megatonnen gerechnet die Zerstörungskraft ihrer Kernwaffen (nach der Feststellung eines so gewieгten Fachmannes wie Professor Blackett) etwa dreißigmal größer als diejenige der sowjetischen Atombomben. Die einzige Schwierigkeit ist vorerst die, daß die USA den Standort der russischen Ferngeschoßanlagen noch nicht ganz herausbekommen haben, weshalb sie so unermüdlich auf ein förmliches Inspektionsrecht

vor jeder Abrüstung drängen. Die Sowjetunion soll eben im Kriegsfall durch sofortige Zerstörung ihrer Raketenstützpunkte zur Führung eines Gegenschlags unfähig gemacht werden, geradeso wie jetzt Kuba militärisch so ziemlich wehrlos gemacht worden ist.

Zweitens aber nehmen die Vereinigten Staaten das «Recht auf Selbstverteidigung» für sich darum in Anspruch, weil sie vorgeben, die Vorkämpfer für Freiheit, Recht, Menschlichkeit usw. gegenüber dem kommunistischen «Totalitarismus und Imperialismus» zu sein. Sie legen sich sozusagen die Rolle des Weltpolizisten, Weltrichters und internationalen Rechtsvollstreckers *in einem* gegenüber dem «kommunistischen Verbrechertum und Untermenschentum» bei. Das gibt ihnen natürlich in ihrer Meinung das Recht zu gar allem, zur Anwendung der denkbar stärksten Gewaltmittel, zur Hinwegsetzung über alle «völkerrechtlichen Zwirnsfäden», ja zum Krieg selbst, der kurzerhand als bloße internationale Polizeiaktion im Auftrag der «freien Welt» erklärt wird*.

«Nicht zu imperialistischen Zwecken»?

Auch wenn es wahr wäre, daß die Ver-

einigten Staaten ihre militärische Macht «nicht zu imperialistischen Zwecken» einsetzen, sondern zur Verteidigung von Freiheit und Recht, wäre es von ihrer Seite ein vollendet sittlicher Widersinn und eine arge Heuchelei, diese Zwecke mit Gewaltmitteln zu erstreben, die doch der Todfeind von Recht und Freiheit sind. Sie hätten niemals mit Atombomben einige hunderttausend feindliche Menschenleben vernichten dürfen (schon weil der Feind bereits zur Kapitulation bereit war). Sie durften nicht den Kalten Krieg gegen den Kommunismus mit den verwerflichen und entwürdigenden Mitteln führen, die sie anwenden. Sie durften nicht die ruchlosesten feudal-kapitalistischen Diktaturen in ihren Dienst stellen, um die «rote» Diktatur aus der Welt zu schaffen. Sie durften sich nicht, wie sie es in der Kubasache getan haben, über die Rechtsorganisation der Vereinten Nationen hinwegsetzen und alle Regeln des Völkerrechts übertretend das «Recht» (wie sie es verstanden wissen wollten) in die eigene Hand nehmen.

* Dieser Anspruch, daß die amerikanischen Gewaltmethoden mit einem ganz anderen Maßstab gemessen werden müßten als die sowjetischen, wird vielfach auch bei uns kritiklos übernommen. So schreibt im Zürcher «Aufbau» vom 1. November alt Pfarrer P. Trautvetter: «Wenn zwei dasselbe tun (nämlich Militärstützpunkte außerhalb ihres engeren Hoheitsgebiets errichten), ist es unter Umständen durchaus nicht dasselbe. Die Waffe dessen, der die Rechtsordnung verteidigt, ist nicht dasselbe wie die Waffe dessen, der anstelle der Rechtsordnung eine solche des Terrors und der Gewalt setzen will. Schließlich ist es nicht nur eine Behauptung, sondern eine in unserer Zeit vielfach und großartig erhärtete Tatsache, daß die militärische Macht in den USA nicht zu imperialistischen Zwecken, sondern zur Verteidigung der Freiheit und des Rechtes eingesetzt wird. Will man vielleicht dasselbe behaupten von den kommunistischen Armeen, die Osteuropa besetzt halten, in Ungarn einmarschiert sind, Tibet vertreten und neuestens Indien angegriffen haben?»

Der gute Zweck heiligt auch hier nicht das schlechte Mittel, sondern das schlechte Mittel entheiligt auch den besten Zweck.

Aber es ist ja *gar nicht wahr*, daß die Vereinigten Staaten von Amerika ihre militärischen Gewaltmittel «nicht zu imperialistischen Zwecken» einsetzen, sondern «zur Verteidigung der Freiheit und des Rechtes». Es ist hier nicht der Ort, die *wirkliche* politische Rolle der USA in vier Weltteilen im einzelnen klarzulegen; darüber sind Bücher geschrieben worden, die das mit durchaus eindeutigen Ergebnissen getan haben. Es darf aber doch auf die ausgesprochen imperialistischen Zwecke hingewiesen werden, die die Vereinigten Staaten im *mittel-amerikanischen* Raum verfolgen und schon seit Jahrzehnten verfolgt haben, dem Raum also, zu dem in erster Linie Kuba selber gehört.

Schon der Krieg, den die Vereinigten Staaten im Jahr 1898 um Kuba führten, war nur angeblich ein solcher für Recht und Freiheit — um die Befreiung Kubas von der spanischen Kolonialherrschaft nämlich. In Wahrheit war es ein eigennütziger Angriffskrieg, ein imperialistischer Krieg im eigentlichsten Sinn des Wortes, wenn es je einen solchen gab. Den Vorwand dazu bot bekanntlich die bis heute nicht aufgeklärte Explosion des amerikanischen Kriegsschiffes «Maine» im Hafen von Havana — den Vorwand, sagen wir; denn die spanische Regierung hatte sich ja schon bereit erklärt, Kuba zu räumen. Der Grund dafür, daß die Vereinigten Staaten Spanien trotzdem den Krieg erklärten, war erstens die Absicht (die von ihren kapitalistischen Druckgruppen längst offen bekundet wurde), die Zuckerinsel unter *ihre* Herrschaft zu bringen, und zweitens die Absicht, auch die Philippinen den Spaniern zu entreißen. Die Philippinen wurden denn auch von den USA in aller Form annektiert, während Kuba nur «vorläufig» militärisch besetzt wurde. Denn wie Präsident MacKinley in einer Botschaft an die Bundesversammlung erklärte, war Kuba «eine ständige Bedrohung für unseren Frieden»; eine militärische Gewaltaktion dränge sich für die USA auf «infolge der sehr ernsthaften Schädigung für Handel, Gewerbe und Industrie unseres Volkes». Man meint, Mr. Kennedy zu hören!

Kuba wurde also «frei». Tatsächlich wurde es aus einer spanischen Kolonie eine amerikanische. Die Regierung der USA zwang Kuba die als «Platt Amendment» bekanntgewordene Verpflichtung auf, einen amerikanischen Militärstützpunkt (Guantánamo) auf seinem Boden zu dulden und das Eingreifen amerikanischer Streitkräfte auf Kuba anzunehmen, sooft das nötig sei, um die Ordnung und das Eigentum amerikanischer Bürger zu schützen. Was denn auch prompt «nötig» wurde. 1906, dann 1912 und 1917 landeten amerikanische Truppen in Kuba; die Besetzung dauerte bis 1919. Im folgenden Jahr schickten die USA politische und finanzielle «Ratgeber» nach Kuba, die die Regierung gänzlich in ihre Hand nahmen. Kuba kam wirtschaftlich und finanziell immer vollständiger unter die Herrschaft nordamerikanischen Kapitals. Industrie, Handel, Verkehr, Bankwesen — alles

diente der kolonialen Ausbeutung Kubas durch die Vereinigten Staaten. Vor allem die Zuckerindustrie, dieses Rückgrat der kubanischen Wirtschaft, stand unter amerikanischem Einfluß; auch in Kuba breitete sich die US Fruit Company mächtig aus, der riesige Lebensmitteltrust, der in der Länderkette von Kuba und Jamaika über Nicaragua und Guatemala bis Kolumbien 160 000 Hektaren Pflanzungen besaß, ohne die 1,2 Millionen Hektaren unbebauten Landes, die ihm gehörten. Während die Masse der kubanischen Bevölkerung in einem Zustand von bitterer Armut, Unbildung, Krankheiten und frühem Tod dahinvegetierte, holten die nordamerikanischen Kolonialkapitalisten Reichtümer aus dem Land, deren Höhe überhaupt nicht mehr genau feststellbar ist.

Daß dieser Zustand bestehen blieb, dafür sorgten die von den Vereinigten Staaten gestützten Regierungen. Und was für Regierungen! Wie Leo Huberman und Paul Sweezy in ihrem Buch «Kuba, Anatomie einer Revolution» schreiben, gab es «eine Folge von Präsidenten, deren Amtszeit durch Käuflichkeit, Günstlingswirtschaft, Unfähigkeit, Raffgier und Despotismus gekennzeichnet war». Der ärgste war Batista, «der Schlächter», der von 1924 bis 1933 und dann wieder von 1952 bis Ende 1958 regierte — im Namen und zum Nutzen der Vereinigten Staaten und ihrer kapitalistischen Oberklasse. Die Zahl der kubanischen Menschen, die seinem Wüten zum Opfer fielen, wird auf mindestens 20 000 geschätzt. Und es waren nordamerikanische Waffen — Gewehre, Tanks, Flugzeuge usw. —, von nordamerikanisch geschulten Soldaten und Offizieren gehandhabt, die sich Batista von der Regierung Eisenhower «zur Verteidigung der Demokratie und der Freiheit der westlichen Halbkugel» liefern ließ. Es sind die Vereinigten Staaten, die auch hinter Batista und seinem Schreckensregiment standen; denn wie der damalige USA-Botschafter in Kuba, Earl E. T. Smith, am 30. August 1960 vor einem Ausschuß des nordamerikanischen Senats (dem sogenannten Eastland-Komitee) aussagte, «waren die Vereinigten Staaten bis zum Aufkommen Castros so überragend einflußreich in Kuba, daß der amerikanische Botschafter der zweitwichtigste Mann in Kuba war, manchmal sogar noch wichtiger als der Präsident».

Die Revolution unter Fidel Castro machte diesem ganzen Zustand ein Ende. Die von den Vereinigten Staaten ausgehende Gegenrevolution aber tat ihr Äußerstes, um das neue Regime zu stürzen und Kuba «zur freien Welt zurückzuführen». Und sie will — wie früher gesagt — nicht ruhen, bis es ihr gelungen sei, durch wirtschaftliche Absperzung, politische Einkreisung und Erregung eines bewaffneten Aufruhrs, ja wenn nötig durch militärischen Angriff von außen den Revolutionsherd auszulöschen, der die Kolonialherrschaft der Vereinigten Staaten auch im übrigen Lateinamerika bedrohen könnte. Ob das gelingen, endgültig gelingen wird, bleibt abzuwarten; ich glaube es nicht. Wer aber sehen will, dem zeigt die Geschichte der Beziehungen zwischen

Nordamerika und Kuba schon längst mit hinreichender Deutlichkeit, welches die «nicht imperialistischen Zwecke» sind, die die Vereinigten Staaten in Kuba verfolgen, und was «das Recht» und «die Freiheit» sind, die sie meinen, wenn sie von Kuba reden.

Gangstermethoden Wie es aber mit Kuba ging, so auch mit den anderen mittelamerikanischen Ländern, um die sich die USA bemühten und bemühen. Für sie alle gilt genau das, was Professor C. W. Mills in seinem Anklagebuch «Listen, Yankee» («Hör zu, Amerikaner!») als die Rolle der Vereinigten Staaten in ganz Lateinamerika beschreibt: «Das beteiligte ‚Fremdkapital‘ ist großenteils US-Kapital; die den örtlichen Armeen und folglich zur Stützung der feudalen Oberschichten geleistete Hilfe ist US-Hilfe. Innerhalb Lateinamerikas hat die Regierung der Vereinigten Staaten die reaktionären Kreise und die Nichtstuer-Herrenschichten unterstützt. Ihre Rolle war allgemein und ist weiterhin die Festigung ihrer Herrschaft und der fortgesetzten Faulheit. Ihre Hilfe hat großenteils darin bestanden, ihnen Waffen und sonstige militärische Unterstützung zu geben — im Namen der ‚Verteidigung der westlichen Halbkugel‘, und das hieß Verteidigung gegen ihr eigenes Volk . . . Ist es also ein Wunder, wenn im Bewußtsein vieler gescheiter Lateinamerikaner die Vereinigten Staaten von Amerika gleichbedeutend sind mit politischer Tyrannie, wirtschaftlicher Ausbeutung, ständiger Verarmung und militärischer Beherrschung?»

Schon 1910 hatte Mexiko begonnen, sich von der Herrschaft der in- und ausländischen Ausbeuter seiner Naturschätze (Ol!) und der Arbeitskraft seines Volkes freizumachen. Die Vereinigten Staaten griffen aber rasch ein, um die Revolution zu ersticken, zuerst mit wirtschaftlichem und politischem Druck, dann seit 1914 mit unverhüllter Waffengewalt. Heute herrscht dort — mit immer noch revolutionären Phrasen — ein reich gewordenes Bürgertum, das ein Prozent der Bevölkerung ausmacht, aber mehr als die Hälfte des «Volkseinkommens» bezieht, während zwei Dritteln der Bevölkerung dauernd Hunger leiden.

Mit welch roher Gewalttätigkeit die Vereinigten Staaten in San Domingo, Haiti, Nicaragua, Guatemala, San Salvador usw. einbrachen und «Recht und Freiheit verteidigten», kann man in jeder nur halbwegs wahrheitsgetreuen Geschichtsdarstellung nachlesen. Der ehemalige US-General Smedley D. Butler wußte, was er sagte, wenn er rückblickend auf seine Dienstzeit in Mittelamerika erzählte: «Ich habe 33 Jahre und 4 Monate im Aktivdienst als Mitglied der beweglichsten Streitkraft unseres Landes, des Marinekorps, zugebracht . . . Ich half Mexiko und besonders Tampico 1914 für die amerikanischen Ölinteressen sichern. Ich half Haiti und Kuba zu einem anständigen Ort machen, an dem die Burschen von der National City Bank Geld einsammeln konnten . . . Ich half Nicaragua 1909 für das internationale Bankhaus Brown Brothers säubern. Ich brachte 1916 Licht in die

Dominikanische Republik für die amerikanischen Zuckerinteressen. Ich half 1903 Honduras für amerikanische Fruchtgesellschaften ‚richtigmachen‘ . . . Ich wurde mit Ehren, Medaillen, Beförderungen belohnt. Im Rückblick darauf habe ich die Empfindung, ich hätte noch Al Capone (dem «großen» nordamerikanischen Gangster. H. K.) etliche Winke geben können.» (Nach C. W. Mills, Seite 21 f.)

Das alles ist kein Imperialismus? Dann treibt man ein Spiel mit Worten. Dann läßt man «Imperialismus» tatsächlich nur gelten, wenn eine Annexion fremden Bodens stattfindet. Aber George Marion hat recht, wenn er (in seinem Buch «Bases and Empire», Neuyork) bemerkt: «Die Bewohner der Dutzende von Ländern, in denen wir ‚ein paar Stützpunkte für unsere Landesverteidigung‘ oder verschleierte Stützpunkte für andere Zwecke haben, lassen sich nicht durch selbstgerechte Propaganda hereinlegen . . . Ihre Narben haben sie gelehrt, daß unumschränkte politische Herrschaft und unbegrenzte wirtschaftliche Ausbeutung die Früchte des Imperialismus sind, daß aber Annexion nicht ihre einzige Form ist.» Für uns steht jedenfalls fest, daß es einfach Unwissenheit oder aber gewollte Abschirmung gegen die Wahrheit ist, wenn man noch heute — und auch in unserer Schweiz — dreist behauptet, die Vereinigten Staaten setzten ihre militärischen Machtmittel nicht für imperialistische Zwecke ein, sondern zur Verteidigung von Freiheit und Recht. Wenn man das wirklich gutgläubig sagt und schreibt, dann gehört es zu jenem völlig abstrakten, tatsächenfremden Idealismus, der um einer vorgefaßten Meinung, ja eines eigensinnigen Dogmas willen auf verhängnisvolle Art mithilft, die unerträgliche Anmaßung und den widerwärtigen Hochmut der Vereinigten Staaten zu befördern, der sein Gericht früher oder später unausweichlich finden wird.

Innere Lage der USA

In den Vereinigten Staaten haben inzwischen die *Wahlen zur Bundesversammlung* stattgefunden, die jeweilen nach Ablauf der halben Amtszeit des Präsidenten fällig sind. Sie haben den Demokraten vier neue Sitze im Senat eingetragen, während sie sich im Abgeordnetenhaus auf dem bisherigen Stand behaupten konnten. Da aber die regierende Partei bei solchen Zwischenwahlen meist schlechter abschneidet als die «Opposition», so wird dieser zahlenmäßig bescheidene Erfolg der Demokraten als bedeutender Sieg gefeiert, der die Stellung des Präsidenten auch innenpolitisch sehr gefestigt habe. Ob Kennedy mit seinem überstürzten Losschlagen gegenüber Kuba und der Sowjetunion — gleich als schwebten die Vereinigten Staaten in höchster Lebensgefahr — zugleich auch den bevorstehenden Wahlausgang zu seinen Gunsten beeinflussen wollte, ist schwer zu sagen; auf jeden Fall fühlt er sich jetzt erst recht als den «starken Mann», den die Nation im Kampf gegen den Kommunismus brauche. Ein Nebenergebnis der «Halbzeitwahlen», die auch die Neubestellung der Staatsgouverneure betrafen, ist

die Niederlage Richard Nixons, des republikanischen Präsidentschaftskandidaten von 1960, bei seiner Bewerbung um den Gouverneurposten in Kalifornien. Eine der bedenklichsten Gestalten unter den amerikanischen Politikern scheidet damit wohl für immer aus dem öffentlichen Leben der Vereinigten Staaten aus.

Ob Kennedys Politik im amerikanischen Volk wirklich so einmütige Begeisterung erweckt, wie es nach außen scheint, mag man einigermaßen bezweifeln, wenn man in den Reisenotizen aus den USA, die Malcolm Muggeridge im «New Statesman» (2. November) veröffentlicht, liest: «Was einem in Amerika gerade jetzt besonders auffällt, ist der außerordentlich hohe Grad von Einhelligkeit und Gleichschaltung der Organe der öffentlichen Meinung, sei es nun Fernsehen, Radio oder Presse. Es gibt tatsächlich keinen Ausdruck einer abweichenden Meinung im Landesmaßstab . . . Redet man aber wirklich mit den Leuten, so bekommt man einen ganz anderen Eindruck. Der Präsident begegnet einem Haufen von Kritik. Man beschuldigt ihn zum Beispiel, politische Manöver zu machen und die Lage in Kuba zu benützen, um den Demokraten bei den bevorstehenden Kongresswahlen zu helfen. Anderseits äußert man auch Zweifel daran, ob es mit der Drohung der kubanischen Raketen auch wirklich Ernst sei . . . Warum dann all der Lärm? . . . Ich kann nur sagen, daß ich, wenn ich im Land herum auf den Busch klopfte, von der Kluft betroffen war, die zwischen dem amerikanischen Volk und seinem öffentlichen Bild besteht, wie es von seinen wichtigsten Schriftgelehrten vermittelt wird.»

Was schließlich die *Wirtschaftslage* angeht, so ist die keineswegs rosig. Präsident Kennedy selbst beklagte öffentlich die hohe Arbeitslosigkeit, die ungenügende Ausnützung der Produktionsmöglichkeiten, den zu geringen Wirtschaftszuwachs und den beunruhigenden Fehlbetrag in der Zahlungsbilanz der Vereinigten Staaten. Dr. Paul Sweezy, ein Fachmann in Wirtschaftsdingen, glaubt sogar, daß eine fünfte kleinere Nachkriegskrise im Anzug sei. Die amerikanische Wirtschaft gerate mehr und mehr in eine Sackgasse, aus der sie unter dem gegenwärtigen Regime schwer wieder herauskommen werde. Auch das beliebte Mittel einer Steigerung der Rüstungsausgaben werde allmählich unwirksam, da mit der abnehmenden Bedeutung der in Massen hergestellten Flugzeuge, Panzerwagen, Artilleriegeräte usw. für die Kriegsführung und der zunehmenden Herstellung von Ferngeschossen, Atomwaffen und dergleichen jeder in die Rüstung gesteckte Dollar immer weniger Einfluß auf die Wirtschaft habe. Das Betrübliche sei nur, daß trotz alldem keine wirksame Opposition gegen den herrschenden politischen Kurs aufzukommen vermöge.

Das war schon im vergangenen August geschrieben («Monthly Review», Septemberheft). Inzwischen hat die überwundene Kubakrise vielleicht die Wirtschaft neu angekurbelt, aber sicher auch die Aussichten noch weiter verringert, daß sich ein organisierter Widerstand

gegen den Kennedykurs in der Öffentlichkeit durchsetze. Die Massenbearbeitungsmittel liegen zu ausschließlich in der Hand einer wirtschaftlich-sozialen Oberschicht.

Der Westblock gegen China Inzwischen hat der *indisch-chinesische Grenzkampf* eine überraschende Wendung genommen. Auf der einen Seite hat sich in Indien eine richtige Kriegshysterie entwickelt, die freilich mit der patriotischen Opferbereitschaft breiter Volksschichten auch rührende Züge aufweisen würde, stünde dahinter nicht eine wie üblich fabrizierte wüste Stimmungsmache. Auch die indischen Kommunisten sind ihr erlegen, ja sogar Nehru redet heute wie irgendein Dutzend-Nationalist daher. Und was wohl das Beunruhigendste ist: das interessierte Ausland greift immer ungescheuter in den Kreuzzug gegen «Rotchina» und seinen «erobernden Imperialismus» ein, an der Spitze Amerika und England; auch der westdeutsche Bundespräsident Lübke und Außenminister Schröder haben ihren Aufenthalt in Indien benutzt, um tüchtig gegen China zu hetzen, und daß unsere «gute Presse» ebenfalls kräftig ins gleiche Horn stößt, ist ja selbstverständlich. Auf der anderen Seite hat nun aber China einen überraschenden Friedensschritt getan: es hat von sich aus das Feuer an beiden Grenzabschnitten eingestellt, das ganze Gebiet geräumt, das es im Ostabschnitt besetzt hatte, und wie hier, so auch im Westabschnitt (Ladakh) seine Truppen um 20 Kilometer hinter die frühere Frontlinie zurückgezogen. Das wirft alle Behauptungen von der «echt kommunistischen» Eroberungsgier Pekings über den Haufen und stellt die *wirklichen* Beweggründe der militärischen Angriffshandlungen Chinas ins Licht, zur Beschämung all derjenigen, die ihm die unsinnigsten Absichten unterschoben. Dabei ist noch eine der mildesten Auslegungen der angebliche Wille Chinas, Indien mit Gewalt auf die Seite des Westens zu drängen, um der Sowjetunion zu beweisen, daß es nur zwei Lager in der Welt gebe: das kapitalistisch-reaktionäre und das kommunistisch-revolutionäre.

Was die Chinesen mit ihrem plötzlichen, alle Welt verblüffenden Stellungswechsel erstrebten, ist ja nun doch wohl klar. Bisher hatten sie immer und immer wieder vergeblich versucht, die Inder zu *Verhandlungen* mit dem Zweck einer Anerkennung ihrer Gebietsforderungen im westlichen Frontabschnitt zu veranlassen. Nun versuchen sie es mit einer ganz anderen Methode: Sie verzichten *einseitig* auf die erstaunlichen Gewinne, die sie im *östlichen* Frontabschnitt gemacht haben, in dem sie die «uneinnehmbaren» Himalaja-Pässe umgangen oder überschritten und damit das indische Verteidigungssystem hoffnungslos zerschlugen. Sie beweisen dadurch klar, daß es ihnen gerade *hier* gar nicht auf die umstrittenen Gebiete selbst ankam, obwohl sie mit Recht die Gebietsteile zurückfordern konnten, die ihnen seinerzeit durch die willkürlich gezogene MacMahon-Linie von den Engländern geraubt worden waren. Sie ziehen sich sogar *hinter* diese

Linie zurück, beanspruchen aber dafür, nachdem sie ihre militärische Schlagkraft bewiesen haben, um so nachdrücklicher das Gebiet im Raume von Ladakh, das in der Hauptsache zu Kaschmir gehörte, ohne allgemein anerkannte Grenzlinie allerdings, durch das aber eine alte Karawanenstraße vom chinesischen Sinkiang in das chinesische Tibet führte, neuerdings zu einer modernen Verkehrsstraße ausgebaut, ohne daß die Inder es überhaupt gewahr wurden oder gar dagegen protestiert hätten.

Ein kühner — manche sagen sogar ein genialer — politisch-militärischer Schachzug fürwahr, der die Inder vor eine schwere Entscheidung stellt. Sie müssen nun entweder doch den Verlust des von den Chinesen verlangten Gebietsstreifens hinnehmen und damit eine Demütigung einstecken, die sie sich wahrhaftig hätten ersparen können, oder aber den Krieg fortführen und mit massiver amerikanischer und anderer Militärhilfe den Chinesen ihre Eroberungen gewaltsam wieder abzunehmen versuchen. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien üben denn auch den stärksten Druck auf Indien aus, um es zu einem richtigen Großkrieg gegen China zu zwingen, indem sie es veranlassen wollen, seinen alten Streit mit *Pakistan* um Kaschmir zu begraben, und wirken zugleich auch auf ihren pakistanischen Verbündeten ein, damit er die Hand zu einer friedlichen Lösung der leidigen Frage biete. Beide Teile haben denn auch bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft zu einer solchen Verständigung erklärt; es erscheint aber vorderhand wenig wahrscheinlich, daß die Inder in eine Teilung Kaschmirs einwilligen werden (sofern die Pakistaner dazu bereit wären), und wenn sie vor die Wahl gestellt würden, halb Kaschmir, mit seinem blühenden Haupttal, an Pakistan abzutreten oder das unwirtliche Gebiet im Raume Ladakh den Chinesen zu überlassen, die es schon haben, so könnten die Amerikaner recht wohl das Nachsehen haben und um ihre Hoffnung auf einen «richtigen» Krieg gegen China betrogen werden. Man wird mit Spannung den weiteren Verlauf des Dramas beobachten, in dem ja auch die Sowjetunion eine erhebliche Rolle zu spielen berufen ist. Daß es aber mit dem indischen Neutralismus aus ist, dürfte jedenfalls schon heute feststehen.

Schonfrist für de Gaulle Kehren wir aber noch einmal nach Westeuropa zurück, wo sich auch allerhand Bemerkenswertes begibt. Unsere Hoffnung, daß die *Wahlen zur französischen Nationalversammlung* die durch die Volksabstimmung vom 28. Oktober erschütterte Stellung de Gaulles noch stärker in Frage stellen würden, hat sich nicht erfüllt. Die gaullistischen Parteien, vorab die *Union pour une Nouvelle République*, haben im Gegenteil in völlig überraschender Weise, geradezu erdrutschartig, soviel Sitze gewonnen, daß sie nun die Mehrheit in dieser sogenannten Volksvertretung besitzen und de Gaulle sich heute sicherer fühlt als je. Aber

zugleich hat sich aufs neue bewahrheitet, was wir im Novemberheft wieder einmal bemerkt haben: daß nämlich de Gaulles Stärke in der Schwächlichkeit und Zerrissenheit seiner Gegner bestehe, die durch kein gemeinsames positives Ziel zusammengehalten würden. Die aus der Vierten Republik übernommenen Parteien der Rechten und der bürgerlichen Mitte, auf deren Kosten die Gaullisten ihre Gewinne gemacht haben, sind durch die Wahlen völlig zerrüttet und zum Teil fast aufgerieben worden, sind doch die Anhänger der ehemaligen OAS in Scharen zu de Gaulle übergelaufen, den sie so lange als Verräter bekriegt haben. Und die Sozialdemokraten, die de Gaulle so charakterlos jahrelang geduldet hatten, konnten sich nur dadurch vor dem Schicksal ihrer bisherigen Verbündeten retten, daß sie bei den Stichwahlen die Hilfe der geschmähten und gefürchteten Kommunisten annahmen, die ihrerseits in heldenhafter Selbstüberwindung nicht nur Guy Mollet, den schwer gefährdeten (Ver-)Führer der Sozialdemokraten in seinem Wahlkreis Arras herausbissen, sondern auch überall sonst ihre Kandidaten zurückzogen, wo die Sozialdemokraten dadurch in aussichtsreiche Wahl kamen.

Die Selbstverleugnung auf beiden Seiten — der Not entsprungen, nicht dem eignen Trieb — hat sich gelohnt. Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen (67 plus 41 Abgeordnete) sind im neuen «Parlament» mit einigen Zuzügern eine kampffähige Opposition geworden, hinter der eine Wählerschaft steht, die viel stärker ist, als die dank dem bekannten Wahlrecht verhältnismäßig klein gebliebene Zahl von Abgeordneten der Linksparteien vermuten ließe. Aber wird die neue Annäherung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auch von Dauer sein? Das ist alles andere als sicher, war doch bisher für die Sozialdemokraten ein «Rückfall» in die Volksfrontpolitik von 1936 der schrecklichste der Schrecken (weshalb sie lieber de Gaulle duldeten), während die Kommunisten immer noch durch den Stalinismus ihrer alten Garde belastet sind. Aber wenn dem demokratiewidrigen und sozialreaktionären Kurs de Gaulles einigermaßen erfolgreicher Widerstand geleistet werden und Frankreich nicht ganz hemmungslos irgendeinem Faschismus (vielleicht erst unter de Gaulles Nachfolgern) entgegentreiben soll, dann müssen sich die beiden Parteien der Linken zu gemeinsamem Kampf innerhalb und außerhalb des Parlaments zusammenfinden, unter einer Führerschaft womöglich, die der jüngeren Generation angehört und dem weitverbreiteten Verlangen nach einer *neuen* Linken Ausdruck zu geben weiß.

Westdeutsches Elend Und nun bleibt uns nur noch wenig Raum übrig, um auf die jüngsten politischen Vorgänge in der *deutschen Bundesrepublik* einzutreten. Aber das lohnt sich ja auch kaum mehr, so viel über die «Spiegel»-Geschichte und die durch sie ausgelöste Regierungskrise geredet und geschrieben worden

ist. Denn was auch immer im Vierten Reich läuft und geht und anders wird — es bleibt im Grunde doch alles beim alten Elend.

Man überlege: Die Außenpolitik der Bonner Republik ist einfach bankerott und schreit geradezu nach einer völligen Erneuerung. Wie faul es aber auch um die Innenpolitik steht, das konnte kaum rücksichtsloser aufgedeckt werden als eben durch die «Spiegel»-Krise. Es geht wieder einmal um «Landesverrat» und «Staatssicherheit» — wie in der Weimarer Republik, als die heimliche Wiederaufrüstung zum Zweiten Weltkrieg von Männern wie Carl von Ossietzki, Kurt Tucholsky, Professor Gumbel, Fritz Küster tapfer und weitschauend enthüllt wurde. Und wie damals, so wird auch jetzt wieder mit Strafprozessen, Polizeigewalt und politischem «Rufmord» der Widerstand gegen das Unheil, das da zusammengebraut wird, zu ersticken versucht. Denn was anderes hat denn der «Spiegel» verbrochen, als daß er anhand einer Manöverkritik und mit tatsächengemäßen Belegen die vollkommene Unzulänglichkeit der westdeutschen Landesverteidigung für den Fall eines Atomkriegs und die Treibereien des Wehrmachtmasters Strauß für eine eigene Kernwaffenausrüstung der NATO-Armee (lies: der Bundeswehr) und gegen die Militärpolitik der Vereinigten Staaten ins helle Licht setzte? Das war sein Verbrechen, und darum ließ Strauß die Veröffentlichung des ihm längst verhaßten Wochenmagazins als Landesverrat erklären und trieb die skandalöse Justiz- und Polizeiaktion an, die ihm dann selber Amt und Würde kostete. Denn Franz Josef Strauß wurde allmählich sogar den Westdeutschen zuviel, denen man doch sonst fast alles bieten darf. Und er ist mit seinem zügellosen Ehrgeiz, seiner hochmütigen Anmaßlichkeit und brutalen Eigenmächtigkeit, zu der sich noch eine ungewöhnliche Ränkesucht, Schiebekunst und Unwahrhaftigkeit gesellte, wirklich ein unmögliches Typ an der Spitze des größten und wichtigsten Ministeriums in Bonn gewesen — nicht zu reden von seiner Leidenschaft für den Wiederaufbau der westdeutschen Militärmacht, die ihm aber fast allgemein als hohe nationale Tugend angerechnet wurde.

Aber das ist es ja nun gerade, was seinen Fall so widersprüchlich und doch eindeutig kennzeichnet: *Strauß geht, das System bleibt*. Es sieht sogar, während das geschrieben wird, so aus, als gewinne das System, das Strauß verkörperte, durch die Heranziehung der Sozialdemokraten zur Regierungsverantwortung neue Kraft. Die glänzende, einmalige Gelegenheit, es zu stürzen, ist von der «Opposition» (wie nicht anders zu erwarten war) schmählich vertan worden; in ihrem heißen Drang, dem sie schon so unglaublich viel geopfert hat, endlich wieder an die Macht heranzukommen, scheint die Führerschaft der Sozialdemokratie auch die letzten Hemmungen der Selbstachtung abstreifen zu wollen, und das Parteivolk wird sich, mit etwelchen protestierenden Nebengeräuschen vielleicht, auch diesmal bestimmt hinter sie stellen. Aber ob nun die Sozialdemokraten dabei sein werden oder

Adenauer seine «neue» Regierung ohne sie bilden wird — in allem Wesentlichen wird es, wie schon gesagt, beim Alten bleiben so viel Lärm auch um das Nichts gemacht worden ist, das schließlich tod-sicher herauskommt. Soll man also über dieses ganze jämmerliche Schauspiel wirklich noch viel Worte verlieren? Es wäre schade darum; möge das Schicksal seinen Lauf nehmen — wenn es nur nicht wieder die Unschuldigen mit den Schuldigen trifft und nicht eine halbe Welt in einen Zusammenbruch hineinreißt, der zu vermeiden wäre, wenn das europäische «Reich der Mitte» diesmal auf den rechten Weg käme!

4. Dezember

Hugo Kramer

An unsere Abonnenten

Wir möchten einmal wieder allen Abonnenten herzlich danken, die durch frei-willige Beiträge in den Betriebsfonds, durch Werbung neuer Abonnenten, durch Übernahme von Geschenkabonnements beigetragen haben, daß die «Neuen Wege» immer wieder erscheinen konnten. Zugleich bitten wir alle Abonnenten höflich, in ihren Anstrengungen nicht nachzulassen. Wir vermitteln gerne Geschenkabonnements und legen den Betreffenden das vor Weihnachten erscheinende Dezemberheft bei. Zum voraus unsern herzlichen Dank für Ihre Hilfe.

Sonderdrucke aus den «Neuen Wegen» 1962:

Prof. Dr. Gertrud Woker

Rettet die Menschheit! (20 Rp.)

Wie steht es mit der Achtung vor dem Menschenleben? (20 Rp.)

René Bovard

Kriegsdenken und Friedensdenken (40 Rp.)

Dr. med. Fritz Katz

Erfordernisse und Probleme der Entwicklungshilfe (50 Rp.)

Bestellungen bitte bei der *Administration* der «Neuen Wege», Manessestraße 8,
Zürich 4.